

## Dokumentation der digitalen Fachdiskussion am 26. August 2021

### Teilnehmende

- Susanne Green (Forschungsinstitut Betriebliche Bildung)
- Tanja Berg (Fachstelle Demokratieförderung im Übergangssystem)
- Laura Ballaschk (Projekt „Digitale Methoden der (aufsuchenden) Jugendsozialarbeit“)
- Dr. Marcus Eckelt (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg)
- Thomas Hug (Kultusministerium Baden-Württemberg)
- Peter Zorn (Bundeszentrale für politische Bildung)

### Die Krise als Möglichkeitsfenster: Was bedeutet die Pandemie für die Zukunft des Übergangssystems und den Stellenwert der Demokratie in der beruflichen Bildung?

Die Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“ des Kompetenznetzwerks „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ vernetzt seit Anfang 2020 Akteur\*innen aus Wissenschaft, Demokratiepädagogik, politischer Bildung und Bildungsarbeit im Übergangssystem miteinander. Zudem entwickelt sie Bildungsansätze und -methoden der Demokratieförderung speziell für die Arbeit im Übergangssystem (weiter). Außerdem will sie die Relevanz politischer Bildung am Übergang in die Ausbildung nachhaltig stärken und Strategien entwickeln, um bestehende, fakultative Angebote freier Träger in Regelstrukturen zu überführen.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stehen zum einen aktuelle Herausforderungen im Übergangssystem, sowie zum anderen die Reflexion der Ansatzpunkte der Fachstelle, die dazu dienen sollen, Demokratie & Partizipation im Übergangsbereich strukturell zu etablieren und zu fördern. Die Expert\*innen sind eingeladen, die aktuellen Projektentwicklungen zu bewerten und geplante Ansatzpunkte einzuschätzen, zu diskutieren und zu ergänzen.

### Digitalisierung – Fluch oder Segen für den Übergangsbereich?

Die erste aktuelle Entwicklung, die in der Debatte benannt und kontrovers diskutiert wird, ist die Digitalisierung. Inwiefern ist sie eine Chance für den Übergangsbereich, wo zeigen sich Hürden? Eine Teilnehmerin argumentiert mit einem Beispiel aus dem *Berlin Street College*, dass die Digitalisierung hier zu einer Möglichkeit wurde, Lernangebote flexibel anzubieten und sie an die Lebenswelt der Lernenden anzupassen. Die Institution nimmt die aktuellen Entwicklungen proaktiv an und stellt sich strukturell auf hybriden Unterricht um, so dass Lernende selbstbestimmt entscheiden, wann und wie sie lernen wollen.

Zu Bedenken ist jedoch, dass diese totale Flexibilisierung gleichzeitig eine Herausforderung bei den Institutionen darstellt, weil zukünftige Angebote hybrid organisiert werden müssen, was eine Verdoppelung des Aufwandes bedeutet. Vor allem für die Lehrenden bedeutet es mehr Arbeit, mehr Verantwortungen und das potenzielle Gefühl jederzeit im Dienst zu sein.

Als problematisch wird die Digitalisierung von einigen Expert\*innen auch in Bezug auf die Kompetenzen bewertet, die im Übergangsbereich im Vordergrund stehen (sollten), nämlich nicht die Vermittlung von Fachwissen, sondern der Erwerb von sozialen Kompetenzen, die Persönlichkeitsentwicklung und auch Demokratieförderung. Enger Kontakt und feste Bindungen sind die Voraussetzungen, um diese Fähigkeiten zu erwerben. Diese sind durch die digitale Lehre eingeschränkt und nicht (ausreichend) gegeben.

Es wird angemerkt, dass die Erfahrungen in der Pandemie bisher zeigen, dass es außerdem kompliziert ist, digitale Tools als nachhaltiges Mittel des Lernens zu etablieren. Nach einem anfänglichen Hype erlischt das Interesse der Nutzer\*innen und analoge, pädagogische Arbeit ist gefragt.

Wenn Digitalisierung im Übergangsbereich gelingen soll, dann ist sie voraussetzungsvoll und bedeutet, dass die Institutionen den Lernenden die Hardware, also die entsprechenden Endgeräte zur Verfügung stellen muss; dass die Formate an die Lebenswelt der Jugendlichen angepasst sind und entsprechend interaktiv und Game-basiert funktionieren; und es ist wichtig, dass zwischen Lehrenden und Lernenden eine persönliche, zwischenmenschliche Bindung aufrechterhalten bleibt. Bei der Digitalisierung spielt darüber hinaus die User-Freundlichkeit der Plattformen und eine Vereinheitlichung eine große Rolle. Jedoch ist dies gegenwärtig nicht der Standard, sondern findet sehr unübersichtlich auf unterschiedlichsten Formen und Kanälen statt.

Das Gespräch kommt zu dem Schluss, dass die Digitalisierung für den schulischen Übergangsbereich eine große Herausforderung darstellt. Die Knappheit von Zeit- und Geldressourcen, sowie digitaler Kompetenzen bei den Multiplikator\*innen macht eine Umstellung sehr schwierig und arbeitsintensiv. Gefragt sind jedoch schnelle, machbare Lösungen. In Ausnahmefällen jedoch z.B. bei freien Maßnahmen bei Trägern, die eine sehr spezielle Zielgruppen und Möglichkeiten haben, steckt auch eine Chance in der Digitalisierung.

## **Projektstand und Vorhaben der Fachstelle DÜS**

Im Anschluss an die Debatte zur Digitalisierung skizziert die Fachstelle kurz, welche Meilensteine sich das Projekt gesetzt hat: Zunächst ist zu klären, welche Regelsysteme und -strukturen relevant sind und von der Fachstelle adressiert werden müssen. Dann werden Initiativen und Erfahrungen zusammengetragen. Gleichzeitig wird sich mit diverseren Ebenen von Demokratieförderung inhaltlich auseinandergesetzt. Ergebnis des Projektes soll die Vernetzung von Akteur\*innen sein, sowie die Entwicklung von Handlungsempfehlungen und einer Strategie für unterschiedliche Ziele, Bereiche, Akteur\*innen.

Ziel des zweiten Teils des Fachaustausches ist es vor allem, mögliche Ansatzpunkte, die einer Strategie vorangehen, um Demokratieförderung als Teil der Regelstrukturen zu etablieren, zur Diskussion zu stellen. Deshalb werden die Ansatzpunkte von Tanja Berg vorgestellt.

## **Ansatzpunkte für eine Strategie, um Demokratieförderung in Regelsystemen zu etablieren**

Die Fachstelle fokussiert unterschiedliche Handlungsfelder, die daraufhin untersucht werden, wo sich Anknüpfungspunkte zu Demokratieförderung finden lassen.

- Zum einen ergibt sich mit dem Verständnis von Demokratieförderung als *Partizipation*, ein möglicher Ansatzpunkt: Wenn der Übergangsbereich als Erfahrungsraum verstanden wird,

dann kann an diesem Ort auch Partizipation erlebt, gestaltet und erweitert werden. Eine Möglichkeit Partizipationserfahrungen zu erweitern, besteht darin bestehende *Mitbestimmungsstrukturen zu stärken und neue zu schaffen*. Sie müssen zielgruppenorientiert gestaltet sein, so müssen sie z.B. die zeitlichen Umstände des Übergangsbereiches angepasst sind. (Für die Jugendlichen müssen sie an ihre kurze Verweildauer angepasst sein, für die Multiplikator\*innen wiederum an die Dauer ihrer Anstellung.)

- Ein weiterer Ansatzpunkt ist die andauernde bundesweite und kontroverse Debatte darum, was das Übergangssystem eigentlich genau umfasst und zum Ziel hat. Die Fachstelle sieht hier eine Chance, um Fragen von Demokratie, Partizipation und politischer Bildung ins Gespräch zu bringen, z.B. bei
  - der Formulierung der *Inhalte der Ausbildungsreife und Curricula* des Übergangsbereichs,
  - der Konzeption der Prüfungen,
  - den *Lehrplänen* des Übergangsbereichs, in dem mehr handlungsorientierte Kompetenzen, statt Fakten-Wissen Platz finden sollten,
  - den Bausteinen in den Ausbildungen, so könnten z.B. Qualifizierungsbausteine „Partizipation und Demokratie“, zum Umgang mit Konflikten entwickelt und in die Curricula aufgenommen werden,
  - Förderkriterien,
  - der Berufsorientierung, in der politischer Bildung verankert werden kann, um Raum für Selbstwirksamkeit und Reflexion zu integrieren.

Dafür müssen Entscheider\*innen identifiziert und adressiert werden.

- Außerdem ist die Zusammenarbeit mit den regionalen ÜS Managements anzustreben. Denn dies fungiert als wichtigste Schnittstelle der verschiedenen Ebenen und Akteur\*innen und kann Kommunikationsfunktionen übernehmen.
- Parallel muss die Sichtbarkeit des Übergangssystems gestärkt werden, durch Netzwerk- und Lobby-Arbeit, Publikationen, u.a..
- Ein weiterer Punkt ist die *Stabilisierung der Träger*, um der Unsicherheit und prekären Anstellungsverhältnisse und damit einhergehenden mangelnden Wertschätzung der Arbeit der Multiplikator\*innen entgegenzuwirken. Diese wirkt sich nämlich auch auf die praktische Arbeit der Multiplikator\*innen mit den Jugendlichen aus.
- Ebenso wichtig ist die (diskursive) *Wertschätzung und Anerkennung* der Menschen, die im Übergangsbereich arbeiten und lernen, durch entsprechende Schulungen und eine wertschätzende Schulleitung.
- Außerdem sollte politische Bildung einen Teil der *Qualifizierung der Multiplikator\*innen* ausmachen.

Die Expert\*innenrunde wird gebeten, die genannten Ansätze zu kommentieren, zu kritisieren und zu ergänzen. So konnten folgende Anmerkungen zusammengetragen werden:

### **Hinweise der Anwesenden**

*Fokus auf (Haltung der) Lehrpersonen in der Ausbildung.* Anstatt zu sehr die Lernenden in den Fokus zu nehmen, ist es sehr bedeutend, die Lehrpersonen nicht aus dem Blick zu verlieren. Diese sind

als Fachleute für bestimmtes Fachwissen ausgebildet und sehen sich auch primär als Fachpersonen und nicht Pädagog\*innen, die Kompetenzen vermitteln. Dieses Selbstverständnis der Lehrpersonen muss mitgedacht werden. Handlungsorientierte, pädagogische Aspekte sollten einen größeren Teil der Lehrpersonen-Ausbildung ausmachen, da nicht Fachwissen, sondern pädagogische Kompetenz und Kompetenzvermittlung relevant sind. So können die Lehrpersonen den Spagat zwischen Fachwissen und Sozialkompetenzen meistern.

*Unterstützungsmaterial für Lehrpersonen.* In diesem Sinne braucht es für diejenigen, die bereits als Lehrpersonen arbeiten, ausgearbeitetes Lernmaterial, mit Hilfskonstruktionen und Unterstützungen, in denen Demokratieförderung einfließt. Um dies zu konzipieren, ist es ratsam, direkt mit den Praktiker\*innen zu sprechen und nach den Bedarfen zu fragen.

*Definition politische Bildung.* Außerdem wird angemerkt, dass es wichtig ist, die Definitionen und Ansatzpunkte nochmal zu schärfen und genauer zu sehen, was diese umfassen. Was genau ist das Ziel? Wenn es Persönlichkeitsentwicklung ist, erreichen wir die mit politischer Bildung; wenn es die Förderung von Partizipation ist, ist politische Bildung der richtige Weg? Die Definition von Politischer Bildung erscheint außerdem unklar. Aus gewerkschaftlicher Perspektive kann politische Bildung als Ausbau der Partizipationsstrukturen für die Jugendlichen im System verstanden werden. In Regelstrukturen, die staatlich gesteuert sind, kommt politische Bildung in diesem Sinne damit möglicherweise in einem Konflikt und muss eher versuchen, eine Art reflektierende Meta-Perspektive einzunehmen also eher ein Raum sein, in dem mögliche Partizipationserfahrungen reflektiert werden. Es ist eine weitere Diskussion nötig, um zu klären, in welchem Verhältnis diese Definitionen zueinanderstehen und ob und wie Partizipationsstrukturen sinnvoll sind. Eine Erfahrung aus dem Übergangsmanagement wird geteilt, in der politische Bildung als ein „Mittelding“ zwischen Ausbau von Partizipationsstrukturen (Jugendforum) und Persönlichkeitsentwicklung verstanden wird.

*Schlüsselakteur\*innen in Praxis und Politik ansprechen.* Es wird darauf hingewiesen, dass es bedeutend ist, den Austausch mit Schlüsselakteur\*innen auf übergeordneter Ebene zu suchen und gleichzeitig praxisnah zu bleiben, um Demokratie zu vermitteln.

*Keine Scheindemokratie/keine Scheinpartizipation.* Wenn mehr Mitbestimmung angeboten wird, ist es wichtig, darauf zu achten, dass den jungen Menschen tatsächlich zugehört wird und die Forderungen der Jugendlichen tatsächlich umgesetzt werden.

*Keine Extra-Struktur, sondern ganzheitlicher Ansatz.* Weil es großen Aufwand bedeutet, Mitbestimmung zu organisieren, ist es besonders wichtig, Demokratisierung in bestehende Strukturen miteinfließen zu lassen und als ganzheitlichen Ansatz zu verstehen, d.h. wo können Inhalte in Lehrplänen integriert werden, wo in der Struktur und wo sollte es allgemein in dem Lehrer\*innen-Team platziert werden?

*Re-Organisation von Lernen für das Übergangssystem.* Eine Herausforderung, die jedoch notwendig ist, um eine zielgruppenorientierte Pädagogik umsetzen zu können, ist es, eine Nische innerhalb der Schulstrukturen zu schaffen, mit anderen pädagogische Ansätzen und anderen Zeitstrukturen für die Lerneinheiten.

*Dichte Beschreibung des Feldes.* Um die Sichtbarkeit zu erhöhen und eine Argumentationsgrundlage für Wandel zu schaffen, ist eine „dichte Beschreibung des komplexen Systems“ notwendig, in dem genauer herausgearbeitet wird, wer unter welchen Bedingungen arbeitet und lernt.

*In die Universitäten gehen.* Um die Sichtbarkeit und Relevanz des ÜS zu stärken, sollten auch Universitäten adressiert werden, um die Notwendigkeit von Forschung in diesem Bereich deutlich zu machen/einzufordern.

*Strukturelle Reform der Pädagogik und der beruflichen Bildung.* Es ist nach Meinung der Expert\*innen unabdingbar „groß“ zu denken, d.h. es ist anzustreben, die Inhalte und den Aufbau der Pädagogik der Berufsschulen, besonders im ÜS, zu reformieren. Aspekte, die darunterfallen können, sind: Der Ausbau eines Dialogs zwischen politischer Bildung und Sozialpädagogik, eine generelle Debatte der Lernfeld-Pädagogik und die Fächerzuordnung, sowie eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Ratsam ist es, das Große im Blick zu haben und dann dezidiert Lösungen für den ÜS erarbeiten.

### **Politische Bildung als Querschnittsaufgabe?**

In der Diskussion, die sich an die Reflexionsrunde anschließt, kommt die Frage auf, ob politische Bildung projektförmig zu organisieren ist. Dies würde einerseits eine gewisse Unverbindlichkeit bedeuten und aus pädagogisch-didaktischer Sicht sehr sinnvoll sein. Strategisch gesehen, ist es für die politische Bildung jedoch nach Ansicht einiger Expert\*innen „gefährlich“. Denn A) ist es aus der Logik der etablierten Schul-Struktur (Fachspezifität) schwierig, denn in dem Moment, in dem es kein Fach, sondern Querschnittsaufgabe wird, wird es irrelevant, niemand fühlt sich verantwortlich, es wird nicht entsprechend organisiert und es gibt keinen etablierten Platz in der Unterrichtsstruktur, kein konkretes Fach. B) Gibt es keine Notwendigkeit von Fachpersonen, die es aber braucht für die politische Bildung, um qualifiziert Projekte anleiten zu können.

### **Schlussfolgerungen für die weitere Strategieentwicklung und offen gebliebene Fragen**

Aus der Debatte wird erkennbar, dass es zunächst wichtig ist, die Ebenen und jeweiligen Zielgruppen genauer zu identifizieren. Mit diesen kann dann gemeinsam überlegt werden, wie eine Integration der politischen Bildung in Regelstrukturen zu bewerkstelligen ist.

Weitere Fragen, die in der Debatte aufkommen und weiterverfolgt werden, sind:

- Was genau sind handlungsorientierte Ansätze?
- Wie kann die Erfahrung der eigenen Handlungsmöglichkeiten und Handlungsermächtigungen und Partizipation sowohl für Lehrpersonen als auch für Jugendliche in diesem Bereich wirklich so sein, dass sie eine Relevanz hat und nicht einfach ein Spiel ist?
- Wie kann Aufmerksamkeit für das ÜS in verschiedenen Entwicklungs- und Diskussionsprozesse geweckt werden, wo die berufliche Bildung insgesamt keinen hohen Stellenwert hat, der Übergangsbereich umso weniger?

Vielen Dank für die wertvollen Hinweise und den spannenden Austausch an alle Anwesenden!